

bremmerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: SPD BREMEN

Will Präsident der Europäischen Kommission werden – der Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten, der deutsche Martin Schulz.

EUROPA AUS LEIDENSCHAFT

Martin Schulz: „Ich will Präsident der Europäischen Kommission werden.“

Einen leidenschaftlichen Europäer erlebte Bremen am 2. Mai auf dem Marktplatz – Martin Schulz war gekommen, um über seine Idee von Europa und die Wahl des Europaparlaments am 25. Mai zu sprechen.

„Ich will der erste Präsident der Europäischen Kommission werden, der durch eine demokratische Wahl legitimiert wurde! Es muss Schluss damit sein, dass die Regierungschefs den Präsidenten der Kommission in nächtlicher Runde im Hinterzimmer unter sich auskungeln! Wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger mit transparenten Entscheidungen“, formulierte der Spitzenkandidat aller sozialdemokratischer Parteien Europas klar. Auch das Krisenmanagement der EU-Staaten mit den von der Troika verordneten Spardiktaten kriti-

sierte er scharf: „Heute zahlen junge Menschen mit ihren Lebenschancen für eine Krise, die sie nicht angerichtet haben. Das ist nicht gerecht und vor allem ist das gefährlich!“ Er wies auf die hohe Arbeitslosigkeit von 20 bis fast 30 Prozent, bei den jungen Menschen sogar von mehr als 50 Prozent in manchen Ländern wie Griechenland und Spanien hin. Ziel einer neuen europäischen Politik müsse es sein, „den Menschen Perspektiven zu geben, anstatt sie durch immer neue Sparprogramme immer perspektivloser zu machen“. Nur so könne Vertrauen in die EU zurückgewonnen werden, so Martin Schulz.

Ein neugedachtes Europa solle sich auf die Aufgaben konzentrieren, die tatsächlich einer Lösung auf der europäischen Ebene bedürfen, zum Beispiel

der Umweltschutz, die Bekämpfung von Steuerflucht, die Herausforderungen durch Migration und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Europa. Im Umkehrschluss müsse Brüssel erkennen, dass Aufgaben, die auf regionaler oder kommunaler Ebene besser gelöst werden können, auch dort getroffen werden sollten: „Brüssel muss sich nicht in alles hineindrängen“, so Martin Schulz. Er beschrieb die Gefahr, die dem demokratischen Europa durch mögliche Erfolge von rechtspopulistischen Parteien und ihren nationalistischen Positionen in vielen Ländern bei der Europawahl droht. Er forderte alle Demokraten auf, am 25. Mai 2014 an der Europawahl teilzunehmen und bat diejenigen, die sich seiner Idee von einem neuen Europa anschließen könnten, um ihre Stimme für die SPD. ■

DIESE THEMEN BEWEGEN DIE MENSCHEN

Meine Position zu aktuellen Fragen der Europapolitik *Von Joachim Schuster*

Der Konflikt in der Ukraine und die Rolle der EU

Der Konflikt in der Ukraine zeigt, wie schnell auch heute noch in Europa gewaltsame Konflikte entstehen können. Inzwischen dominieren nationalistische Abgrenzungen innerhalb der Ukraine, die mit vermeintlich gegensätzlichen außenpolitischen Orientierungen – entweder eine enge politische und ökonomische Anbindung an die EU oder an Russland – verbunden werden. Dieses Gegeneinander ist von der EU selbst vorangetrieben worden, als sie im Herbst 2013 die Ukraine vor die Wahl stellte, entweder ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen oder eine Zollunion mit Russland einzugehen. Die Mehrheit der deutschen Medien hat dabei eine klare Deutung, wer Schuld hat. Russland wolle seine machtpolitischen Ansprüche auf Kosten des Völkerrechtes und dem Wohlergehen der Menschen durchsetzen. Putin wird zum Buhmann. Die USA sehen die Lage genauso: Deutschland bzw. die Europäische Union müssen unbedingt Sanktionen verhängen, weil Russland sich ansonsten nicht stoppen ließe.

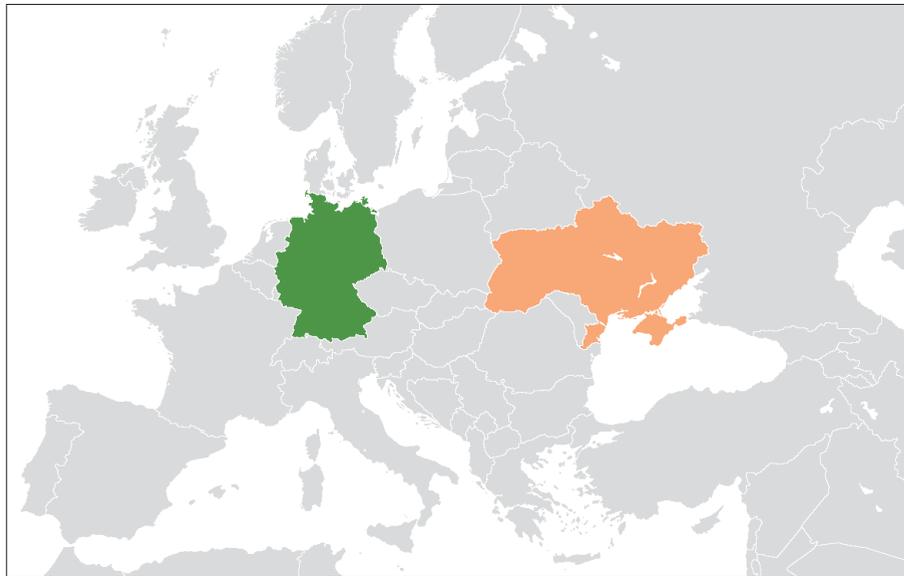
Ist die Situation in der Ukraine derart einfach strukturiert? Ist klar erkennbar, wer der Gute und wer der Böse ist? Ich bin mir da keineswegs so sicher.

Aus meiner Sicht ist es eben nicht einfach, klare Schuldige zu benennen. Sicher war die Annexion der Krim durch Russland völkerrechtswidrig. Aber warum hat die EU von der Ukraine eigentlich eine klare Positionierung pro Europa oder pro Russland verlangt? Sicherlich waren die Besetzungen öffentlicher Gebäude durch russische Separatisten in der Ost-Ukraine eine starke Provokation. Aber rechtfertigte dies das Vorgehen der ukrainischen Armee, die mit ihren Schlägen eine weitere Eskalation der Gewalt riskierte? Und: Welche Pläne werden eigentlich von der EU entwickelt, um die Ukraine wirtschaftlich zu stabilisieren? Die Kreditvergabe durch den IWF ist wieder einmal an die typisch neoliberalen Auflagen gebunden, die u. a. eine Reduzierung von Sozialausgaben vorsehen. Im Ergebnis ist eine Vertiefung der sozialen Spaltung in der Ukraine zu erwarten.

Ich meine: Statt weiterer Eskalationen sollte die EU sich in ihrer Politik stärker auf die Grundsätze besinnen, die sie selbst nach dem 2. Weltkrieg zur Friedensstifterin in Europa gemacht hat. Die Prinzipien sind einfach: Nicht gegeneinander arbeiten, sondern miteinander kooperieren, um gemeinsam Wohlstand

zu schaffen. Dazu gehört institutionelle Vernetzung. Feindschaften müssen hinten angestellt werden. In Bezug auf die Ukraine hieße dies, gemeinsam mit Russland einen Plan zu entwerfen, welche Hilfsmaßnahmen von beiden Seiten ergriffen werden sollen, um die Ukraine wirtschaftlich zu stärken. Und natürlich

Ich meine: Eine wachstumsorientierte Politik in ganz Europa und ein energisches Eintreten für notwendige Strukturreformen in den Krisenstaaten sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Die bisherigen Hilfen der EU sind mit Auflagen der Troika verbunden, die die Lösung der Krise in einer möglichst



Die Karte zeigt die kurze Entfernung zwischen Deutschland (grün) und der Ukraine (orange). Der Konflikt spielt sich quasi vor unserer Haustür ab.

müssen beide Seiten, auch die russische, mäßigend auf ihre „Verbündeten“ einwirken, damit diese ebenfalls bestärkt werden, zu kooperieren, anstatt sich zu bekämpfen. Politisch wäre dazu eine gemeinsame Volksabstimmung über die Zukunft der Ukraine in Verbindung mit freien und geheimen Wahlen entscheidend.

Warum sollte sich Deutschland um die Krise in den südeuropäischen Staaten kümmern, bzw. diese bezahlen?

Die SPD tritt für einen Politikwechsel in Europa ein. Statt neoliberaler Politik, die die Lasten der Krisenbewältigung insbesondere den weniger privilegierten Bevölkerungsteilen in den südeuropäischen Ländern aufbürdet, wollen wir eine wachstumsorientierte Politik, die durch starke Investitionen in Bildung, erneuerbare Energien und Infrastruktur die Krise auch in Südeuropa überwindet.

Für viele Menschen in Deutschland stellt sich aber die Frage, ob nicht zuerst die ohne Zweifel vorhandenen strukturellen Probleme in diesen Staaten gelöst werden müssten. Gefordert wird etwa endlich eine effektive Besteuerung der Reichen in Griechenland, bevor Gelder deutscher Steuerzahler dorthin transferiert werden, um Investitionen in Griechenland zu finanzieren.

raschen Reduzierung der Staatsverschuldung durch eine Absenkung der Staatsausgaben erreichen will. Konkret wird gefordert: Die Senkung der Sozialausgaben, die Reduzierung der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Unternehmen. Im Ergebnis verschärfte sich die Krise und die soziale Spaltung. Profiteure dieser Politik sind die Banken und Vermögensbesitzer.

Notwendig wäre dagegen eine Politik zur Krisenbewältigung, wie sie etwa in Deutschland 2008/2009 erfolgreich durchgeführt wurde: Soziale Stabilisierung durch umfassende Ausweitung der Kurzarbeit, ein Konjunkturprogramm zur Stärkung der Wirtschaft und alles finanziert durch eine kurzfristige Erhöhung der Verschuldung. Die Schuldenreduzierung erfolgte dann, nachdem die Maßnahmen gegriffen hatten.

Eine derartige Politik ist im Grundsatz auch in Südeuropa erforderlich. Und diese sollte dann auch mit Auflagen verbunden werden, etwa dem Aufbau eines effektiven Steuersystems und der Bekämpfung von Korruption, denn die Verursacher der Krise müssen auch für die Kosten der Krisenlösung herangezogen werden. Bisher hat die EU-Troika solche Auflagen leider nicht formuliert. ■

TERMINE:

GRÜNDUNGS- UND MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES „FORUM SPORT“

„Sportentwicklung in Bremen und Bremerhaven – Daten, Bedarfe, Perspektiven“

Ulrich Mäurer, Senator für Inneres und Sport

**DIENSTAG,
20. MAI 2014
19:00 UHR**

Treffpunkt KWADART
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4
28199 Bremen

GRÜNDUNGS- UND MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIELFALT

„Integrationspolitische Grundlinien des Senats“

Silke Harth, Integrationsbeauftragten des Landes Bremen

**DONNERSTAG,
5. JUNI 2014
19:00 UHR**

Treffpunkt KWADART
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4
28199 Bremen

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Kevin Lenkeit.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

Alt werden in Bremen: Fraktion fordert Pflegebericht

Senat soll aktuelle Situation im Land darstellen / Brumma: „Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur“

Pflege – für immer mehr Menschen wird dieses Thema akut. Entweder weil sie selbst pflegebedürftig werden, oder weil sie sich als Pflegenden um Angehörige kümmern. „Der demografische Wandel – also die Tatsache, dass unsere Gesellschaft immer älter wird, führt dazu, dass die Zahl der Pflegebedürftigen weiter ansteigt und parallel dazu verändern sich die Familienstrukturen. Pflege wird dadurch immer mehr zur öffentlichen Aufgabe – und wir stehen vor der klaren Herausforderung, darauf mit einer modernen Pflegepolitik zu reagieren“, betont Winfried Brumma.

Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion hat dabei ein klares Ziel vor Augen: „Wir müssen eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur aufbauen – um die Pflege in der Familie zu unterstützen, zu ergänzen oder – wo nötig – zu ersetzen. Und dabei soll den Betroffenen ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden – auch in der Zeit der Pflegebedürftigkeit.“

Insbesondere der Unterstützung im Vorfeld der Pflege – etwa durch Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfe und Aufsuchende Altenarbeit – kommt dabei eine wachsende Bedeutung zu. „Wir wollen alten Menschen durch entsprechende Beratung und Hilfe direkt in



Winfried Brumma, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

ihren Wohnquartieren ein möglichst langes, selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen“, sagt Brumma.

Dazu aber seien direkt vor Ort entsprechende, präventive und infrastrukturelle Angebote erforderlich: „Wir müssen die Quartiere in diesem Sinne stärken. Denn nur ein Netz von aufeinander abgestimmten Unterstützungsleistungen – von professionell-verbindlich bis hin zu ehrenamtlicher und vielleicht auch nur gelegentlicher

Hilfe – trägt dazu bei, allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben am Ort und im Quartier ihrer Wahl zu ermöglichen.“ Voraussetzung für die Entwicklung einer derartigen, bedarfsgerechten Pflegeinfrastruktur sei allerdings zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme, sagt Brumma.

Welche ambulanten und stationären Versorgungsangebote gibt es gegenwärtig in den Quartieren? Wo und in welchen Bereichen sind Überkapazitäten auszumachen, wo bislang noch ein Mangel? Welche Wirkung entfalten die vorhandenen Beratungs- und Hilfsangebote tatsächlich? All diese Fragen soll der Senat in einem konkreten, detaillierten Pflegebericht beantworten – so sieht es ein entsprechender Antrag vor, der gerade mit dem grünen Koalitionspartner abgestimmt wird.

Brumma: „Auf Grundlage dieses Berichts, der zeitnah vorgelegt werden soll, wird eine sachgerechte öffentliche Debatte über das Thema Pflege erst möglich. Das Ziel dabei ist jetzt schon klar: Es geht darum alle Möglichkeiten auf Landes- und kommunaler Ebene zu nutzen, um den Pflegebereich im Sinne der Betroffenen und Angehörigen zu gestalten und weiterzuentwickeln.“

■ (MK)

DER ROTE BUS HAT FAHRT AUFGENOMMEN



Wir sehen uns ... in Ihrer Nachbarschaft! Unter diesem Motto tourt die SPD-Fraktion seit April mit ihrem neuen Info-Mobil, dem Roten Bus, kreuz und quer durch Bremen und Bremerhaven. Und das Angebot wird angenommen: Viele Menschen nutzen vor Ort die Gelegenheit, sich direkt bei den Abgeordneten über die Arbeit der Fraktion zu informieren, ins Gespräch zu kommen – oder auch ihrem Ärger über Themen, die sie bewegen, Luft zu machen.

Termine & Haltestellen:
www.spd-fraktion-bremen.de/roter-bus





FESTVERANSTALTUNG 150 JAHRE SPD BREMEN

Am 23. Mai 1863 begann in Leipzig mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) durch Ferdinand Lassalle die Geschichte der SPD. In Bremen wurde der ADAV ein knappes Jahr später, am 6. April 1864, durch den Tischler Gustav Deckwitz gegründet. Mehr als 800 Gäste konnte der Landesvorsitzende Dieter Reinken zur stimmungsvollen Festveranstaltung anlässlich des 150. Geburtstages der Bremer SPD am 5. April 2014, im würdigen Rahmen des Hanse-Saales im Congress Centrum Bremen begrüßen. Auch der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel war nach Bremen gekommen. Er erhielt – wie auch Bürgermeister Jens Böhrnsen – viel Beifall für seine Rede in der er bemerkte: „Bremen ist zwar das kleinste Bundesland, dafür aber ein sozialdemokratischer Riese.“ Unser besonderer Dank geht an die Bremer Kinder- und Jugendkantorei und das Bremer Kaffeehaus Orchester sowie an das Spielleute Orchester Tura, die einen großen Beitrag zum Gelingen der Veranstaltung leisteten.

